



**mouvement
écologique**

Luxemburg, 22. April 2024

Betreff: Der Angriff der Kommission auf die Umweltregeln der GAP ist undemokratisch, skandalös und gefährdet die Legitimität der GAP

Sehr geehrtes Mitglied des Europäischen Parlaments,

Die Orientierung der Europäischen Landwirtschaftspolitik ist von essentieller Bedeutung für den Schutz der Biodiversität und für eine kleinstrukturierte Landwirtschaft, wie wir sie noch in weiten Teilen in Luxemburg kennen. sowie.

Wie Sie wissen, sehen die europäischen Umweltorganisationen – aber auch zahlreiche Landwirtschaftsverbände – in diesem Bereich einen erheblichen Optimierungsbereich für mehr Biodiversität- und Klimaschutz und setzen sich seit Jahren für entsprechende Reformen auf EU-Ebene ein.

Aber statt, dass die Kommission nun Fortentwicklungen in diesem Sinne unterstützt, plant sie das genaue Gegenteil und versucht sogar Errungenschaften aus ökologischer Sicht in Frage zu stellen – dies wäre der größte agrar- und umweltpolitische Rückschritt der letzten Jahre.

In der Tat liegt seit Ende März ein Vorschlag der Kommission vor, mittels dem die **Umweltregeln der erweiterten Konditionalität der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)** – ohne eigentliche Debatte - substantiell abgeschwächt werden sollen Dies ist nach Ansicht aller europäischen Umwelt- und Naturschutzverbände absolut inakzeptabel.

Dies käme einer skandalösen **Missachtung der Demokratie und des demokratischen Prozesses sowie der Interessen der Bürger:innen, der Wissenschaft und der Landwirt:innen gleich.**

Gleichzeitig widerspricht diese Vorgehensweise einer konsistenten und kohärenten Politikgestaltung: Das plötzliche **Fallenlassen der ökologischen Elemente der GAP stünde im diametralen Gegensatz zu den Zielen der Farm-to-Fork-Strategie**. Dabei legte die Kommission die *Farm-to-Fork*-Strategie kurz nach Amtsantritt als zentrales Element ihres Green Deals vor, um die Klima- und Biodiversitätskrise anzugehen. Diese Abkehr von verlässlichen Entscheidungen stellt ein grundlegendes Problem für die Glaubwürdigkeit der gesamten EU-Politikgestaltung dar. Die Bürger:innen erwarten zu Recht, dass politische Entscheidungsträger wissenschaftlich fundierte und zuverlässige Entscheidungen im öffentlichen Interesse treffen.

Die Kommission bezieht sich zudem auf eine vermeintliche "politische Dringlichkeit", um den **Mangel an Folgenabschätzung und angemessener Konsultation der Interessenträger** zu rechtfertigen. Nach Ansicht der Kommission sind Traktoren, die Straßen blockieren, ein Grund, notwendige Umweltauflagen über Bord zu werfen, die ein Drittel des EU-Haushalts ausmachen.

Die GLÖZ-Standards umfassen dringend benötigte gute Praktiken, die bis zu 21 Jahre lang bestanden haben. Es gibt keine nachgewiesene politische Dringlichkeit und schon gar keine, die einen weitreichenden Angriff auf Umweltbedingungen der GAP rechtfertigen würde.

Öffentliche Mittel sollten auf natur- und klimafreundliche Praktiken mit klar erkennbarem gesellschaftlichem Mehrwert gelenkt werden und mit ehrgeizigen Ergebnisindikatoren, Zielen und Zeitplänen verknüpft sein – ***public money for public goods!***

Das Nichtverknüpfen ehrgeiziger Umweltauflagen und Ziele mit landwirtschaftlichen Subventionen, die ein Drittel der öffentlichen Gelder der EU ausmachen, würde die soziale Akzeptanz und Legitimität der Gemeinsamen Agrarpolitik erheblich in Frage stellen.

Deshalb bitten wir Sie, Ihre Verantwortung wahrzunehmen und den Vorschlag der Kommission zur Schwächung oder Streichung der Umweltauflagen der GAP abzulehnen.

Beiliegend finden Sie weitere diesbezügliche zentrale Argumente.

Wir stehen Ihnen selbstverständlich für weitere Informationen zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Blanche Weber
Präsidentin

Claire Wolff
Verantwortliche für Biodiversität

Nein zum Kommissionsvorschlag zur Abschwächung der Konditionalität im Rahmen der GAP

Die Vorschläge der Kommission

Der Vorschlag der Kommission würde dazu führen, dass die „GLÖZ“-Standards erheblich geschwächt oder sogar abgeschafft würden. Unter GLÖZ versteht man die "Standards zum guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“, die als gute landwirtschaftliche Praxis gelten und die Landwirt:innen derzeit erfüllen müssen, um volle Agrarsubventionen zu erhalten.

Am 15. März legte die Kommission einen Vorschlag zur **erheblichen Abschwächungen folgender Grundanforderungen der GAP** vor: GLÖZ 5 (Bodenbearbeitung minimieren, um Bodenerosion zu verhindern), GLÖZ 6 (minimale Bodenbedeckung sicherstellen), GLÖZ 7 (Fruchtwechselverpflichtung auf Ackerland), GLÖZ 8 (Flächen zur Förderung der Artenvielfalt) und GLÖZ 9 (Schutz von Dauergrünland in Natura-2000-Gebieten).

Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, dass die Mitgliedstaaten **nicht mehr verpflichtet sind, ihre GAP-Strategiepläne mit den neuesten Umweltpolitiken abzugleichen**. Gegen ihre eigenen Regeln für gute Gesetzgebung wurde keine Folgenabschätzung durchgeführt, und die Kommission verfügt über keine Daten, um ihren Vorschlag zu untermauern.

Aus mehreren Gründen sind die Handlungen der Kommission skandalös und inakzeptabel:

- **Probleme der Landwirtschaft und zukunftsweisende Lösungswege werden verkannt**

Die Kommission geht mit dieser scheinbaren Lösung nicht auf die tatsächlichen Probleme der Landwirt:innen ein, sondern schenkt ihnen einen „vergifteten Apfel“. Ein Geschenk, das wohl die von den Bauernprotesten aufgeheizten Gemüter besänftigen soll, aber auf Kosten der aktuellen und zukünftigen Generationen gehen wird – auch jene der Landwirt:innen selbst.

Viele Landwirt:innen, einschließlich einiger landwirtschaftlicher Organisationen, haben erklärt, dass sie diese Senkung der Umweltvorschriften gar nicht fordern. Stattdessen möchten sie in der Lage sein, Umweltprobleme anzugehen und zu bewältigen. Sie fordern

den **richtigen unterstützenden Rahmen**, während sie auf klimaresiliente und nachhaltige Praktiken umsteigen, faire Unterstützung für die Bereitstellung öffentlicher Güter, ein angemessenes Einkommen, eine gestärkte Position in der Wertschöpfungskette und gleiche Wettbewerbsbedingungen in Bezug auf Umwelt-, Gesundheits-, Sozial-, Sicherheits- und Tierschutzstandards für den internationalen Handel.

Eine gerechtere Verteilung der GAP-Gelder, die mit Umweltzielen und öffentlichen Gütern verbunden sind, ist unerlässlich, da derzeit 80% der Mittel an nur 20% der Landwirt:innen vergeben werden. Die gesamte Lebensmittelkette, einschließlich der Lebensmittelverarbeiter und Einzelhändler, muss einbezogen werden, um Umweltziele zu erreichen.

- **Der Kommissionsvorschlag ist blind gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen**

Die Kommission ignoriert den wissenschaftlichen Konsens, dass der Zusammenbruch der Artenvielfalt und die Klimakrisen die größten Bedrohungen für die Landwirtschaft darstellen und dringende Maßnahmen erforderlich sind, um katastrophale Folgen zu vermeiden. Die GLÖZ sind konkrete Maßnahmen zur Klimaanpassung im Sinne der Landwirtschaft.

Parallel ist gewusst, dass die heutige landwirtschaftliche Praxis zur Klimakrise sowie massgeblich zur Biodiversitätskrise beiträgt. Der Verzicht auf die geltenden Umwelt diesbezüglichen bestehende Grundanforderungen ist keine Option und wird nur die Belastung für die Gesellschaft und die Landwirt:innen erhöhen. Erst kürzlich veröffentlichte die Europäische Umweltagentur (EEA) die EU-Klimarisikobewertung. Der Bericht unterstreicht die hohen Klimarisiken, die Europas Ökosysteme, Umwelt und Lebensmittelsicherheit bedrohen.

- **Verteilung der Gelder nicht konform zu nachhaltiger Ausrichtung der Landwirtschaftspraxis im Angesicht der Klima- und Biodiversitätskrise**

Die Kommission widerspricht allen Expertenbewertungen, die betonen, dass die GAP-Gelder dringend besser mit **öffentlichen Gütern und mit Klima-, Umwelt- und Biodiversitätszielen verknüpft** werden sollten. Jahre der Arbeit zur Festlegung einer Konditionalitätsbasis, einschließlich durch ihre eigenen Experten, scheinen für die Kommission irrelevant zu sein. Die Kommission widerspricht direkt ihren eigenen *Farm-to-Fork*- und Biodiversitätsstrategien, die die Dringlichkeit der Klima- und Biodiversitätskrisen sowie die damit verbundenen Herausforderungen im Lebensmittelsektor anerkannten.

Der GAP-Haushalt macht ein Drittel des EU-Haushalts aus und beläuft sich für den Zeitraum 2021-2027 auf 386,7 Milliarden Euro an Steuergeldern. Es ist sozial inakzeptabel und stellt die Legitimität der GAP in Frage, ambitionierte Umweltaforderungen, die

erforderlich sind, um die Klima- und Biodiversitätskrisen anzugehen, nicht an die Gewährung von Subventionen zu knüpfen. Wie kürzlich von der OECD betont wurde, **erfolgt derzeit die meiste Unterstützung für den Sektor in Formen, die die Fähigkeit des Sektors verringern, sich an zukünftige Krisen anzupassen, einschließlich des Klimawandels.**

Die Streichung wesentlicher und grundlegender guter Praktiken wie Fruchtfolge, Schaffung von Raum für die Artenvielfalt, minimale Bodenbedeckung usw. würde **die Anfälligkeit von Anbausystemen für extreme Wetterereignisse und Schädlinge sowie die Abhängigkeit von Pestiziden erheblich erhöhen.** Diese Praktiken sind wesentliche Bestandteile des Integrierten Pflanzenschutzmanagements (IPM), das seit 2014 durch die Richtlinie 2009/128/EG in der EU vorgeschrieben ist. Das Löschen dieser Praktiken aus der Konditionalität der GAP würde zu einer noch schwächeren Umsetzung des IPM führen. Die Streichungen von Zwischenfrüchten und Leguminosen im Rahmen von GLÖZ 8 würden zum Verlust von mehr als 9 Millionen Hektar pestizidfreien Flächen führen (basierend auf Zahlen von 2019 für ökologische Vorrangflächen).

- **Gefährliche Missachtung demokratischer Prozesse: Ignoranz von Bürgerinitiativen, aber Reaktion auf Traktoren**

Die Handlungen zeigen einen schwerwiegenden Mangel an Respekt und Vernachlässigung der Interessen und Forderungen der Bürger:innen. Die Kommission scheint zu der Ansicht zu gelangen, dass öffentliche Konsultationen und europäische Bürgerinitiativen, in denen Bürger:innen den dringenden Bedarf zur Verringerung der umweltbezogenen Auswirkungen der Landwirtschaft äußern, irrelevant sind. Die Wünsche der Millionen von Bürger:innen, die sich über **mehrere Europäische Bürgerinitiativen für eine nachhaltige Landwirtschaft eingesetzt haben, werden mit dem Kommissionsvorschlag vollständig ignoriert**, während Traktoren, die Straßen blockieren, brennende Reifen und Gülleausbringung die Kommission zu undemokratischen und verantwortungslosen Handlungen inspirieren, die den Landwirt:innen nicht helfen werden.

- **Agrarpolitischer Rückschritt würde die kommenden Herausforderungen verschärfen, besonders für den landwirtschaftlichen Sektor**

Es ist unbegreiflich, dass die Kommission beabsichtigt ihre eigenen *Farm-to-Fork*-, Biodiversitäts- und Bodenstrategien zu untergraben, die Anpassung der Landwirt:innen an den Klimawandel und langfristige Perspektiven derart untergräbt und Maßnahmen gegen das öffentliche Interesse ergreifen will.

Landwirt:innen auf ihren Feldern in ganz Europa zeigen, dass die Verbesserung von Fruchtfolge, Bodengesundheit, ökologischer Infrastruktur und Artenvielfalt den Pestizidbedarf erheblich senken, die Wasserinfiltration verbessern, die Stress durch

Trockenheit und Erosion verringern kann. Nachhaltige Praktiken gewährleisten auch langfristig stabile Erträge.